

„Nazis im Landkreis unerwünscht“

Pressegespräch mit Lauterbergs Bürgermeister Otto Matzenauer und Monika Lazar

BAD LAUTERBERG (dah). „Bis 1995“, so Bad Lauterbergs Bürgermeister Otto Matzenauer am vergangenen Donnerstag bei einem Pressegespräch mit der Bundestagsabgeordneten Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) im Hotel Riemann, „hat der Rechtsextremismus in Bad Lauterberg nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Nach einem Betreiberwechsel einer Odertaler Gaststätte hat sich die Situation allerdings geändert, denn immer wieder haben sich dort Rechte aus dem Braunschweiger- und Gifhornener Raum sowie der hiesigen Region getroffen. Während man einst die Leute als 'Spinner' abtat und die Lage offensichtlich unterschätzt hat“, so der Verwaltungschef weiter, „muss man heute leider feststellen: die Rechten haben sich in der Stadt etab-

liert.“ Diese Wölfe im Schafspelz so Matzenauer weiter, hätten bei gesellschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit von Jugendlichen und ähnlichem die Chance genutzt, um sich hier auszubreiten.

„Auch bei Angst vor der Zukunft“, so Monika Lazar dazu, „gibt es eigentlich keine logischen Gründe, auf die recht einfachen Sprüche der Nazis hereinzufallen. Nützen tun auch jetzt keine gegenseitigen Schuldzuweisungen, sondern Bund, Land und Kommunen, wie auch breite Bürgerbündnisse, wie 'Bunt statt Braun', müssen gemeinsam das Abdriften nach zum Rechtsradikalismus verhindern.“

„Auch wenn aus heutiger Sicht“, so Matzenauer, „die Abschaffung eines Stadtjugendpflegers ein Fehler war,

so hat sich die rechte Szene noch vor seiner Kündigung in der Stadt breitgemacht.“

Wie auch viele andere Politiker und Gewerkschaftler, so Matzenauer weiter, befürwortete auch er ein Verbot der rechtsextremen NPD. Erst dann lasse es die Rechtslage zu, diesen Parteien bei Vermietungen oder Wahlkampfständen eine Absage zu erteilen. Ein Verbot, so Monika Lazar, werde derzeit überall kontrovers diskutiert, aber eine Panne wie beim letzten Verbotsantrag dürfe nicht noch einmal passieren. Zudem gab die Politikerin zu Bedenken, dass die Nazis beim Verbot der NPD in den Untergrund abtauchen, sich neue Namen geben oder unter dem Deckmantel anderer Rechter Parteien (FVP, DVU, Republikaner oder andere) wieder auftreten würden.

„Keinesfalls“, so Bürgermeister Otto Matzenauer, „gehört die Kneippstadt Bad Lauterberg mit seinen 600 000 Übernachtungen jährlich, wie auf der vorausgegangenen Demonstration genannt, zu den rechten 'Hochburgen' im Land.“

„Die Tendenz dazu“, so Monika Lazar, „wurde erkannt, deshalb ist es an der Zeit, gemeinsam den rechten Auswüchsen zu begegnen und den Nazis zu zeigen: Sie sind in der Kurstadt Bad Lauterberg und im Landkreis Osterode nicht erwünscht.“ Abschließend riefen sowohl der Verwaltungschef als auch die Politikerin alle Bürger auf, zur Wahl zu gehen: „denn nur bei sehr niedriger Wahlbeteiligung haben die Rechten Chancen, einen Platz im Landesparlament zu erhaschen.“